

„Scheitern von ‚C plus‘ wäre GAU gewesen“

Soltauer Christdemokraten begrüßen Kreistagsentscheidung zu Klinikum

SOLTAU (mwi). Sah es beim Pressgespräch Mitte Januar mit Landrat, Aufsichtsratsspitze und Geschäftsführung des Heidekreis-Klinikums (HKK) noch so aus, als müßte die Umstrukturierungsvarianter „C plus“ begraben werden (HK berichtete), so hat der Kreistag am vergangenen Dienstag das Steuer noch einmal herumgerissen: Mit 26 zu 22 Stimmern votierte die Mehrheit dafür, „C plus“ zunächst bis zum Jahresende weiterzuverfolgen. Wesentlicher Bestandteil dabei ist die „unselbständige Pädiatrie mit vier Betten“ bei einer ärztlichen 24-Stunden-Versorgung am Soltauer Krankenhaus als „Ableger“ der Kinderklinik in Walsrode. Um die ärztliche Versorgung der Kinder in Soltau rund um die Uhr zu gewährleisten, stellt der Landkreis einmalig 250.000 Euro zur Verfügung. Damit können Honorarärzte finanziert werden. Höchst zufrieden mit diesem Ergebnis zeigt sich die Soltauer CDU, die am vergangenen Donnerstag zu diesem Beschluß Stellung nahm.

Erst am 2. September hatte der Kreistag „C plus“ beschlossen - einen Kompromiß, der im Rahmen der HKK-Umstrukturierung auch in Soltau eine ärztliche 24-Stunden-Versorgung von Kindern aufrechterhalten sollte. Im Gegenzug hatten die Vertreter des Bürgerbegehrens, die für zwei gleichwertige Krankenhäuser und damit für den Erhalt der Kinderklinik auch in Soltau eingetreten waren, auf einen Bürgerentscheid verzichtet. Doch nun - nach nur rund vier Monaten - waren von seiten der Geschäftsführung rechtliche Probleme gegen „C plus“ ins Feld geführt worden: In Gesprächen mit der Ärztekammer habe sich herausgestellt, daß die nächtlichen Dienste den dafür vorgesehenen Assistenzärzten nicht auf ihre Weiterbildung angerechnet werden könnten, was gegen die Arbeitsverträge verstoße. Diese Dienste mit Honorarärzten zu besetzen sei aber mit rund 350.000 Euro jährlich zu teuer.

Von dieser Argumentation, die eingeschränkte Entbindungsmöglichkeiten zur Folge gehabt hätte, hat sich die Kreistagsmehrheit so kurz nach ihrem Beschluß vom 2. September offensichtlich nicht überzeugen lassen - zur Freude der Soltauer Christdemokraten und ihrer Kreistagsabgeordneten. „Wir sehen die-



Die Soltauer CDU steht geschlossen hinter „C plus“: (v.l.) Silke Thorey-Elbers, Volker Wrigge, Mathias Ernst, Elke Cordes, Josef Mayer und Hermann-Billing Meyer.

sen Beschluß, dem sachliche, konstruktive Gespräche vorausgegangen sind, als positives Signal für das Klinikum, für einen wachsenden, familienfreundlichen Landkreis und die Glaubwürdigkeit der Kreispolitik“, kommentiert Mathias Ernst, Soltauer CDU-Ratsherr, Kreistagsabgeordneter und HKK-Aufsichtsratsmitglied, die Entscheidung. Der Christdemokrat verweist in diesem Zusammenhang auch auf weitere Konsequenzen, die das Kippen von „C plus“ verursacht hätte: „Ohne eine Kinderstation, auf der Frühgeborene angemessen versorgt werden können, dürfen keine Risikoschwangerschaften vor der 36. Schwangerschaftswoche entbunden werden. Somit würde die Schließung der Kinderklinik in Soltau nicht nur zu einem Verlust an Versorgungssicherheit, sondern auch zu einem erheblichen Rückgang der Geburtenzahl im Soltauer Krankenhaus führen. Wirtschaftlich hätte dies signifikante Folgen: Es wäre mit Erlösverlusten zu rechnen, die deutlich höher lägen als die möglichen Mehrkosten zum Erhalt der Kinderstation mit perinatalem Schwerpunkt.“

Eine Entscheidung, die „C plus“ kassiert hätte, so Ernst weiter, hätte zudem das Vertrauen der Bürger massiv erschüttert und einen Scherbenhaufen für die Kommunalpolitik hinterlassen. Schließlich dürfe nicht vergessen werden, daß für „C plus“

das Bürgerbegehren aufgegeben worden sei; „Und gerade dieses Vertrauen braucht das Heidekreis-Klinikum. Besonders in einem zentralen Bereich wie der pädiatrischen Versorgung, der Gynäkologie und Geburtshilfe geht es um Vertrauen und Glaubwürdigkeit.“

Die Soltauer Christdemokraten aus Stadtverbandsvorstand, Rats- und Kreistagsfraktion sind sich einig, daß es fatal gewesen wäre, wäre der Eindruck entstanden, daß nicht alles versucht worden wäre, den „C plus“-Kompromiß umzusetzen: „Zu Recht würden sich dann die Menschen, die das Bürgerbegehren - wie wir - unterstützt haben, betrogen fühlen. Deshalb fordern wir mehr Transparenz und präzisere Informationen durch Geschäftsführung und Aufsichtsrat.“

Ein Scheitern von „C plus“ zum jetzigen Zeitpunkt, betont auch Volker Wriggè, „wäre ein GAU für die Kommunalpolitik gewesen.“ Der CDU-Ratsfraktionschef sieht hier die Geschäftsführung ganz besonders in der Pflicht, der er auch anlastet, daß der Kompromiß schon beinahe so gut wie gekippt gewesen sei: Sie sei offenbar „nicht willens und in der Lage gewesen, ‚C plus‘ umzusetzen.“ So stelle sich etwa die Frage, warum die Gutachter, die im Vorfeld die Umsetzbarkeit von „C plus“ konstatiert hätten, nicht weiter mit einbezogen worden seien. Hier weitere Realisie-

rungsmöglichkeiten auszuloten, nochmals mit der Ärztekammer zu verhandeln und dabei auch die Gutachter mit ins Boot zu holen, sei jetzt Aufgabe der HKK-Geschäftsführung: „Und sie muß auf die weiterbestehenden Entbindungsmöglichkeiten in Soltau hinweisen. Da erwarten wir Aktivitäten.“

Die dazu nötige Zeit verschafft der neuerliche Kreistagsbeschluß. Das unterstreicht auch Kreistagsabgeordnete Silke Thorey-Elbers: „Mit den 250.000 Euro leistet der Kreis eine Anschubfinanzierung und Überbrückungshilfe. Er stellt die Mittel bereit, um die Lösung im dafür nötigen Zeitraum gemeinsam mit dem Aufsichtsrat anzugehen, der sorgfältig auf die Umsetzung achten muß. Dies macht Mut und zeigt das Vertrauen in den Aufsichtsrat beim Finden einer sachgerechten Lösung.“

Spätestens bis Ende dieses Jahres bleibt also Zeit, „C plus“ tatsächlich umzusetzen. Das macht zwar Hoffnung, daß dieser Kompromiß nicht schon an den ersten Hürden scheitern muß, ist letztlich aber noch kein Garant für ein Happy-End. Dazu Ernst: „Wenn es uns nicht gelingen sollte, den Kompromiß zu realisieren, dann erwartet die Gesellschafterversammlung einen Lösungsvorschlag, der ‚C-Plus‘ nahekommt. Eine Nulllösung in Soltau wird es nicht geben.“

Quelle: Heidekreis-Anzeiger vom 1. 7. 2012